

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nekamen 30 Pf.

Strasburg i. El. 7 Februar Der

Berlin, den 3. Februar 1896.
gez. Wilhelm R.

— Die deutsche Kolonialgesellschaft (Abth. lung Berlin) hielt gestern Abend unter Vor des Bringen Arenberg eine sehr zahlreiche Versammlung im großen Saale der Architektenthumbes ab, um zu der jetzt so a gemordnen Marinefrage Stellung zu nehmen. Der erste Redner des Abends, Reichstagskommiss Dr. Peters, trat sehr energisch für eine a gedehnte Weltmachtspolitik Deutschlands ein, vor Allem im Hinblick auf den großen De handel Deutschlands und auf die zahlreich Deutschen im Auslande begründet sei. Dazu dürfte es aber einer bedeutenden Vermehr unserer Flotte, die jetzt noch nicht einer so g fien Macht, wie Deutschland es ist, würdig Mit allen Kräften müsse man in ganz Deu

muß gefaßt werden, nicht nur gegen die vordemigen Mächte der Sozialdemokratie, auch den Kampf gegen das Judentum darf nicht anzuheben. (Beifall.) Die Arbeiterbewegung muß sich niederlegen zu wollen, die Mammor macht aber ungehorsam zu lassen, das sei kein Politik. Wir wollen jetzt im Hinblick auf die konservativen scheidlich-friedlich vorgehen, den christlichsozialen Panier hochhalten. Am 26. März gründen wir uns mit unseren Freunden vereinigen und sehen, ob wir uns in der Zukunft nützlich machen können als in der Verbundenheit. Möge der Herr seinen Segen geben, also in Gottes Namen vorwärts! (Beifall.) Redakteur Oberminder: Die Abneigung der konservativen gegen das „Volk“ sei

Freier Herr zu Vornheim. Prinz
rich zu Schönau-Carolath. Bassermann. A.
Dasse. Dr. Damm. Graf v. Dirola:
Im Verlauf des Beschlusses des Reichstages vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angeordneten Ermittlungen über Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäpfabrikation und der Konfektionsbranche, ferner über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Näsfäden u.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe dabei berechneten Preise zugegangen. Nachdem die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen sie zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Tuschsystem zu ergreifen beabsichtigen?

Die ersten Breslauer ein Telegramm an den Reichsausschuß für die Arbeiter, in dem er forderte, dort eine Konferenz der Leiter der Gewerkschaften zu veranstalten, in welcher das Angelegenheit der zehnprozentigen Lohnerhöhung besprochen werden sollte. Eine gefestigte Mehrheit der Gewerkschaften lehnte die Forderung ab, während die übrigen die Forderung ablehnten. Die Forderung wurde vorläufig 25 Prozent Erhöhung und verlangte die Gewerkschaften, falls eine Einigung nicht erzielt wird, soll der Gewerkschaft der Gewerkschaft übergeben.

II

In Ermangelung einer Liebungsschule hätten das Seminar eingehen müssen; aber das wohl selbst Herrn Kroka etwas genierlich. Darum erklärte er im Laufe der Verhandlungen, welche die Auguste Viktoria-Schule ist zu gut, um zu Verdrussseid für Seminaristinnen gemacht zu werden, aber ich will eine Volksschule zur Verfügung stellen, da ist z. B. die 12. Gemeindeschule, deren Leiter ist ein berühmter Pädagoge Herr Rektor Wendt, an dessen Anstalt möge die Liebungsschule stattfinden. Und so geschähe es; und jetzt müssen die jungen Mädchen an der Galtzowsee pilgern, um sich dort in pädagogische Bildung zu holen. Der Erlaß des Ministers hat die Anzahl der zu gebenden Liebungsstunden nicht festgesetzt, in Folge eines besondern strengen Ausdrucks werden von der hiesigen Regierung 6 solcher Stunden wöchentlich für jede Seminaristin verlangt, macht zusammen 40 Stunden. In der That gehört ein großer Pädagoge dazu, um dieser Anforderung ohne Schaden für seine Anstalt gerecht zu werden. Aber wenigstens ein Trost bleibt dem allverdrängten Seminar: es hat einen Leidengefährten, die Westendsschule, mit der ebenfalls ein wohlbesetztes Lehrerinnen-Bildungsinstitut verbunden ist, zählt nur etwas über 10 Schülerinnen und braucht ebenfalls ungefähr 4 Stunden zur Liebung für die Seminaristinnen. Wird man wohl auf dem Friedenshofe ihre Grabsteine lesen: aufgetrieben vom Seminarewandler bete für mich.

Das hohe Haus der Abgeordneten (Vertrauenshauss) bitten wir ganz ergeben, dem gegenwärtig dem Landtage zur Beschlußfassung vorliegenden Entwurf eines Gesetzes, betr. die Dienstverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Volksschulen" nur dann die beschlußsmäßige Zustimmung zu ertheilen, wenn derselbe derartig umgestaltet wird, daß er folgende Forderungen erfüllt: 1. Auch den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern sind die ihnen durch die Gezehe vom 14. Juni 1888 und vom 1. März 1889 über die Gleicherstellung der Volksschullehrer zugesicherten Staatsbeiträge unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. 2. Die über diese Staatsbeiträge hinaus zu leistenden Staatszuschüsse sind nicht nach mechanischen Grundfätzen und Bevorzugung des platten Landes und der kleineren und mittleren Städte, sondern nach der wirklich vorhandenen, durch die Leistungsfähigkeit und durch den Umfang der erforderlichen Aufwendungen bedingten Bedürfnisse unter die verschiedenen unterhaltungspflichtigen oder Klassen zu vertheilen. 3. Die Voraussetzungen und der Umfang der Leistungen der Schulunterhaltungspflichtigen sind nicht nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden (Schulaufsichtsbehörde, Regierung, Minister) zu bestimmen, sondern durch gesetzliche Normen und bzw. durch Urtheile der Verwaltungsgerichte festzustellen. 4. Den Schullehrern

